

## Karl I., der „Teufelspuk“ und die Deutschböhmen

Klischees in der Geschichte, metaphorische ‚Bilder‘ von der Vergangenheit, stehen vielleicht sogar weit über Gebühr im Vordergrund des Interesses von Historikern, die einander heutzutage oft mehr Aufmerksamkeit widmen als ihrem Gegenstand. Bei all dem Wehklagen über vorurteilsbeladene Bilder „vom anderen“ tritt immer wieder einmal auch der amüsant-paradoxe Fall ein, dass Klischees, wie sie von Gegnern in Umlauf gesetzt wurden, durch die List der Geschichte, nach einigen dialektischen Um- und Ausschlägen der jeweiligen ‚political correctness‘ vom Betreffenden, seinen Erben oder Nachlassverwaltern, freudig aufgegriffen und zu ihrem Vorteil ausgeschlachtet werden. Karl I. und Kaiserin Zita dürfte ein solches Schicksal widerfahren sein: Was 1918 als verwerflich galt, nämlich auch nur der Anschein von mangelnder Bündnis- und ‚Nibelungentreue‘, geriet nach 1945 flugs zur weitsichtigen Geste von emanzipatorischem Wert. Das ließe sich dann tatsächlich als ausgleichende Gerechtigkeit bezeichnen, und jeder Literat könnte mit dieser Formel hoch zufrieden sein. Der Historiker muss freilich beckmesserischer vorgehen, und die schüchterne Frage aufwerfen, ob die Klischees – wem immer sie auch nützen – tatsächlich stimmen, oder sagen wir es vorsichtiger: einen gewissen minimalen Gehalt an Belegbarkeit und Plausibilität aufweisen.

Karls Verhältnis zu Böhmen – und zwar zu seinen deutschen wie zu seinen tschechischen Bewohnern – stand von Anfang an unter keinem besonders guten Stern. Der Grund dafür ist ein ganz einfacher – und steht mit dem Ereignis, das als Anlass für diesen Band dient, sogar in einem engen Zusammenhang. Denn wie immer man die Seligsprechung von politischen Figuren auch beurteilen mag, eines lässt sich doch mit ziemlicher Sicherheit festhalten: Kaiser Karl I. hatte nun tatsächlich ein selbst für Angehörige eines katholischen Herrscherhauses besonders enges und inniges Verhältnis zur Kirche – weit mehr, als sich das von seinem Vorgänger Franz Joseph I. behaupten lässt, der sich zwar zweifelsohne ebenfalls als ein treuer Sohn der Kirche empfand, die Forderungen des politischen Katholizismus aber immer wieder als zudringlich empfand; mehr vielleicht sogar als sein in dieser Beziehung in liberalen Kreisen ohnehin schon sehr verrufener Onkel Franz Ferdinand, über den sein Vertrauter Graf Ottokar Czernin einmal urteilte: *Ich halte ihn für viel weniger klerikal, als man behauptet.*<sup>1</sup> Das war eine Voraussetzung, die Karl I. und seine Umgebung in einer noch vielfach von den Nachwirkungen des Kulturkampfes geprägten politischen Landschaft verdächtig machen musste. Nirgendwo aber schlug dieser Nachteil so sehr zu Buche wie in Böhmen.

Die Monarchie mochte über eine schweigende Mehrheit der katholischen Landbevölkerung verfügen, die lange Zeit von aufgeklärten Eliten verdeckt wurde. Das allgemeine Wahlrecht führte vielfach auch zu einem Aufschwung katholisch-agrarischer Parteien, z. B. gerade auch im Falle der Italiener der Habsburgermonarchie. In Böhmen jedoch war von diesem Trend wenig zu spüren: Deutsche und Tschechen mochten feindliche Brüder darstellen; aber was sie – zumindest in Böhmen, weniger in Mähren und Schlesien – wiederum einte, war ein antikerikaler Konsens. Die katholischen Parteien, die z.B. auf dem Gebiet der späteren Republik Deutsch-Österreich gut 50 % der Stimmen auf sich vereinigten, brachten es in Böhmen nur auf einen Anteil von 10–20 %. Dafür war in Böhmen als industriellem Herzland der Monarchie die Sozialdemokratie stark; vor allem aber, die bürgerlich-frei-

<sup>1</sup> Elisabeth Kovács, *Untergang oder Rettung der Donaumonarchie?* Wien 2004, I 372.

heitlichen Parteien hatten hier ihre Hochburg. Diese Freiheitlichen waren eine sehr heterogene Mischung, die von Altliberalen bis zu Alldeutschen reichte, ländliche Agrarier und städtische Arbeiter umfasste. Sie hatten vor dem Weltkrieg aber doch zu einer gemeinsamen Front gefunden, keiner Partei, aber immerhin einem parlamentarischen Dachverband, dem Nationalverband, der aus den Wahlen 1911 als die mit Abstand stärkste Gruppierung im Reichsrat hervorging. Innerhalb des Nationalverbands aber gaben – nach dem Muster russischer Puppen – die Deutschböhmen den Ton an, unter den Deutschböhmen wiederum die so genannten Deutschradikalen, oder „Frei-Alldeutschen“, die sich seit der Jahrhundertwende von Schönerer emanzipiert hatten und unter Karl Hermann Wolf zur bürgerlichen Standardpartei im Sudetenland avancierten. Mit bloß zwei Dutzend Abgeordneten vermochten die Deutschradikalen so in einem Plenum von 516 Abgeordneten eine bedeutsame Rolle zu spielen.

Für das Verhältnis aller deutschnationalen Gruppierungen zur Krone musste ein Kaiser, der im ersten Kriegsjahr sinnierte: *Unsere Zukunft liegt im Slawentum*, eine gewisse Belastung darstellen, auch wenn diese Bemerkung selbstverständlich nur privat zu Papier gebracht wurde und nicht mit Sympathien oder Antipathien, sondern mit dem demographischen Argument untermauert wurde: *...denn die Germanen werden immer mehr zurückgedrängt und die Slawen vermehren sich wie die Kaninchen.*<sup>2</sup> Nun war in Böhmen seit Jahrzehnten über einen böhmischen Ausgleich verhandelt worden: Die Grundzüge eines solchen Ausgleichs lagen auch relativ klar zutage: Den knapp zweieinhalb Millionen Deutschen in Böhmen sollte eine möglichst weitgehende nationale Autonomie gewährt werden. Eine solche Maßnahme, die eine ansatzweise Teilung des Königreichs oder zumindest vieler seiner Institutionen im Gefolge hatte, war für die Tschechen nur dann akzeptabel, wenn sie dafür an anderer Stelle belohnt würden, nämlich mit einer völligen Gleichberechtigung ihrer Sprache in der Bürokratie und einer vermehrten Mitsprache in den zentralen Reichsinstitutionen. Es lag in der Natur der Sache, dass jede Seite bemüht war, möglichst wenig Konzessionen zu machen bzw. die Verantwortung dafür abzuschieben. Es lag aber auch in der Natur der Sache, dass die Krone und die Bürokratie, aber auch der Adel und andere einflussreiche Gruppen von übernationalem Zuschnitt, einer Einigung der beiden Streitparteien gar nicht so aufgeschlossen gegenüberstanden, wie es ihr ‚gemäßiger‘ Charakter erwarten ließ, weil sie nicht zu Unrecht fürchteten, dass sich eine solche Einigung auf ihre Kosten vollziehen würde. Ähnlich ließe sich wohl auch die Haltung des Thronfolgers Franz Ferdinand charakterisieren, der weit davon entfernt war, sich von einem Pakt der Nationalisten beider Seiten Vorschriften über seine künftige Verwaltungspraxis oder Personalpolitik machen zu lassen.

Der Krieg verschob die Kräfteverhältnisse in Richtung der Deutschen: Der Unterschied in der Kriegsbegeisterung zwischen Tschechen und Deutschen war auch dann greifbar, wenn man nicht alle Gerüchte über tschechischen Verrat oder Unverlässlichkeit gleich für bare Münze nahm. Auch die übernationalen Faktoren – Armee, Bürokratie und Außenpolitik – neigten unter diesen Vorzeichen mehr als je zuvor zu einem Zuschlag für die deutsche Seite. Ein Teil der Deutschen begann unter diesen Voraussetzungen wiederum vermehrt auf zentralistische Lösungen zu setzen. Der weit blickendere war in dieser Beziehung skeptisch: Die Verwaltung, die heute die Deutschen favorisierte, konnte schon morgen wieder das Gegenteil tun. Die Sicherheit fehlte. Da schien es viel besser, die günstige Konjunktur auszunützen und ihren Teil des böhmischen Ausgleichs unter Dach und Fach zu bringen – freilich, ohne den politischen Preis zu zahlen, der sich dafür in der Vorkriegszeit herauskristallisiert hatte, denn für eine stärkere Berücksichtigung der Tschechen in den Reichsinstitutionen war 1915 oder 1916 das Klima alles andere als günstig.

Teile des deutschen Forderungskatalogs – wie z.B. die Sonderstellung Galiziens im Rahmen der so genannten „austro-polnischen“ Lösung – ließen sich nicht ohne die Einbeziehung auswärtiger Faktoren verwirklichen und mussten voraussichtlich bis Kriegsende aufgeschoben werden. Wesentliche Teile der nationalen Autonomie für Deutschböhmen aber konnten durch ein Oktroi *hic et nunc* in die Tat umgesetzt werden, bevor der Reichsrat wiederum einberufen wurde. Karls erste ‚cisleithanische‘, jetzt eigentlich schon ‚österreichische‘ Regierung, geführt von dem böhmischen Grafen Hein-

<sup>2</sup> Kovács, Untergang II 78 (Dezember 1914).

rich Clam-Martinic, mit zwei Deutschböhmen – Karl Urban und Joseph Maria Baernreither – als Ministern, hatte die Verwirklichung dieser euphemistisch so genannten ‚Voraussetzungen‘ auch zugesagt. Clam-Martinic war der Neffe des großen Führers der böhmisch-staatsrechtlichen Partei in den 1870er-Jahren<sup>3</sup>, hatte sich von diesen Vorstellungen aber längst abgewandt. Doch im Mai 1917 musste auch Clam den Offenbarungseid leisten, dass er sich zur Erfüllung der Zusagen, die er den Deutschen gemacht hatte, nicht in der Lage sah. Urban und Baernreither traten zurück, Clam wurde bald darauf vom Getreuen Karls, Ernst von Seidler, abgelöst. Ob Karl persönlich dabei der entscheidende Einfluss zukam, ist nicht ganz klar; fest steht jedenfalls, dass auch Czernin diese Ansicht vertrat. Man wolle die neue Ära nicht damit beginnen, Tschechen und Sozialdemokraten vor den Kopf zu stoßen: Daher auch die umstrittene Amnestie für die 1915/16 als Hochverräter abgeurteilten tschechischen Politiker, die kurz darauf folgte – ein Anlass, der übrigens auch genützt wurde, um nach der anderen Seite Georg (v.) Schönerer die Wiederverleihung seines (ihm 1888 aberkannten) Adelstitels anzubieten<sup>4</sup>.

Die Wiedereinberufung des Reichsrates setzte eine eigenartige Dynamik in Gang. Auf der einen Seite war sie natürlich ein Schlag ins Gesicht der Anhänger der so genannten ‚Voraussetzungen‘. Zugleich hatte man sich ihnen damit aber auch ausgeliefert. Denn dieses Parlament besaß eine strukturalistische Mehrheit. Es war 1911 gewählt worden, und die Sieger hießen: Nationalverband und Polenklub. Die Architekten dieses Sieges, Karl von Chiari und Leon von Biliński, waren tot oder in Ungnade gefallen. Aber die Mehrheit, die sie geschaffen hatten, lebte weiter. Der Vergleich mit der italienischen Kammer, wo eine Mehrheit von Anhängern Giolittis widerwillig eine Politik trug, die sie ursprünglich gar nicht gewollt hatten, wäre da gar nicht so abwegig. Eine Reformpolitik gegen die bisher tonangebenden Kräfte war schwer möglich. Eine Auflösung des Parlaments und Neuwahlen mitten im Kriege lagen genauso jenseits des Vorstellbaren. (Tatsächlich waren die USA mit ihrem ewig gleichen Wahlrythmus 1942/44 die erste Großmacht, die das tat – in einer Situation allerdings, wo die Kampfhandlungen tausende Kilometer entfernt stattfanden.) Ein Schluss der Session und eine Rückkehr zum Notverordnungsregime, wie 1909 und 1914, hätte einen enormen Prestigeverlust mit sich gebracht, als Eingeständnis einer Niederlage gegolten. Sobald er sich einmal zur Wiedereinberufung des Reichsrates entschieden hatte, war Karl I. an dieses Parlament gekettet. Ein Gutteil der Unentschlossenheit, die Karl gerne nachgesagt wird, ist nicht zuletzt auf diese Situation zurückzuführen: Der erste Reformschritt, von blauäugigen Beobachtern als ‚Demokratisierung‘ gepriesen, präjudizierte alle weiteren.

Ein ‚Siegfriede‘ hätte der deutschen Seite Auftrieb gegeben; vor allem aber die Stellung der Monarchie gestärkt, allen Unkenrufen über die Abhängigkeit von Deutschland zum Trotz. Innenpolitische Reformen – in welcher Richtung auch immer – waren von einem Apparat, der seine Lebensfähigkeit unter Beweis gestellt hatte, leichter durchzusetzen, als von einem Regime, das durch Schwächen und Niederlagen kompromittiert schien. Im konstitutionellen, nicht-parlamentarischen System, in Österreich-Ungarn noch einmal gebrochen durch den Dualismus, war der Leiter der Außenpolitik keinem Parlament direkt verantwortlich. Das ermöglichte, ja förderte ein System gegenläufiger Trends in der Innen- und in der Außenpolitik, das allenfalls in einem gewissen System von ‚checks and balances‘ zur Synthese zu bringen war. Franz Joseph hatte den Zweibund mit Bismarck abgeschlossen in dem Moment, als er die Deutschliberalen aus der Regierung drängte. Er hatte den Dreibund mit Italien, dem „Räuber des Kirchenstaats“ abgeschlossen, als die Klerikalen in die Regierung eintraten. Das hieß: Alle wesentlichen außenpolitischen Weichenstellungen waren gegenläufig zur herrschenden Strömung der Innenpolitik erfolgt (und vom Bismarck-Reich ließe sich ganz ähnliches behaupten). Aus dieser Perspektive hatte der Kaiser die Wahl zu einem Kurswechsel, entweder in der Innen- oder in der Außenpolitik. Wer riskante Manöver anpeilte, musste den potentiellen Widerstand

<sup>3</sup> Vgl. Lothar HÖBELT und Jiří GEORGIEV, Graf Heinrich Clam-Martinic und Kaiser Franz Joseph: Missverständnisse unter Konservativen, in: *Konservative Profile* (2003), 169–197.

<sup>4</sup> Karl I. wies mit Recht darauf hin, dass neben 114 Tschechen auch 94 Deutsche amnestiert wurden (KOVÁCS II, 611); Lothar HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918. Wien 1993, 337.

dagegen auf der anderen Ebene zu neutralisieren versuchen. Man würde dem Kaiser ein Abrücken von der Nibelungentreue verzeihen, sobald der ‚deutsche Kurs‘ im Inneren gewahrt blieb – denn auch den Deutschnationalen war das Hemd näher als der Rock. Man konnte den Deutschen im Inneren Zugeständnisse abringen oder sie sogar zwingen, sie hinzunehmen, wenn man von der Kriegssolidarität mit dem Reich kein Jota abrückte und alle Unmutsäußerungen damit als Verrat am Verbündeten brandmarkte. Innerhalb des Kabinetts Seidler scheint Silva-Tarouca, vielfach auch als Kandidat für den Premier genannt, eine solche Strategie angepeilt zu haben.

Wenn es wirklich Czernin war, der 1917 den Ausschlag gegeben hatte gegen die Erfüllung der deutschböhmischen Forderungen, so lag eine exquisite Ironie darin, dass gerade er bei seinem Sturz als Heros des ‚deutschen Kurses‘ galt – und dass gerade deshalb sein Sturz als Auslöser dafür diente, dass diese Forderungen doch noch erfüllt wurden, (zu) spät, aber doch... Denn mit der Sixtus-(oder Clemenceau-)Affaire erreichte das Verhältnis zwischen den Deutschen der Monarchie und der Dynastie einen Tiefpunkt. *Das dynastische Gefühl bei den Deutschen ist schwer angegriffen*, fasste Handelsminister Friedrich von Wieser die Situation kurz danach zusammen. Zwar befürchtete auch er: *Dagegen helfen unsere politischen Zugeständnisse an die Abgeordneten nicht*<sup>5</sup> – vor allem, so könnte man ergänzen, wenn man als Motor des Unwillens darüber hinaus oder eben noch davor und vor allem anderen die schlechte Versorgungslage betrachtete, die sich insbesondere in Wien und in den Industriegebieten des Sudetenlandes bemerkbar machte. Bei einer Besprechung deutschböhmischer Mitglieder des Abgeordneten- und des Herrenhauses Ende April witterte der ehemalige Minister Karl Urban eine *latente Revolutionsgefahr* wegen der Ernährungslage; der Reichenberger Fabrikant Wilhelm Ginzkey beschrieb die Stimmung in Nordböhmen, die Leute wollten einfach zu Deutschland gehen...<sup>6</sup> Für die Regierung handelte es sich darum, eine Entladung zu vermeiden. Wenn selbst die Mehrheit des Herrenhauses dem Kaiser unmissverständlich zwar nicht das Misstrauen aussprach, das hätte weder der Verfassung noch den Standesnormen entsprochen, aber immerhin eine deutliche Warnung zukommen ließ und sich im Frühjahr 1918 auf die Seite Czernins stellte, dann konnte man sich leicht ausmalen, welche Reaktionen die bruchstückhaften Erklärungen der Preßbureaus, die von immer neuen Gerüchtewellen begleitet wurden, bei den bürgerlichen Deutschnationalen auslösen würden. Die Presse konnte man immerhin noch mit der Zensur unter Kontrolle halten, und mit Schikanen von der Papierzuteilung bis zur Einziehung der Redakteure, wie sie die Kriegswirtschaft nahe legte, doch Reden im Reichsrat waren automatisch ‚immunisiert‘ und ihrer Verbreitung durfte nichts in den Weg gelegt werden. Eben deshalb hatte die slawische Mehrheit, die sich nur ganz selten zu gemeinsamen Aktionen fand, im Vorjahr auch die Protokollierung nicht-deutscher Reden durchgesetzt. Wenn keine Gewähr dafür gegeben war, dass im Hohen Haus nicht der furor teutonicus zum Ausbruch kommen würde, gab es nur die Alternative, das Experiment mit der Wiedereinberufung des Parlaments abzubrechen, das Haus zu vertagen und wiederum Zuflucht zum § 14 zu nehmen, dem Notverordnungsparagrafen.

Ministerpräsident Seidler war deshalb wild entschlossen, der deutschen Opposition durch ein Eingehen auf ihre lang gehegten Forderungen die Spitze zu nehmen. Im Chef des Verbandes, Viktor Waldner, in den ‚Jungtürken‘ der deutschradikalen Partei, insbesondere Oskar Teufel und seinem alter ego Gustav Hummer<sup>7</sup>, fand er dabei willige Gesprächspartner. Als Dritter im Bunde wurde statt Hummer oft auch Ferdinand von Pantz genannt, der seine politische Karriere als Christlichsozialer begonnen hatte, dann wegen der Hochschutzzollpolitik ausgetreten war; sein Bruder war der vom

<sup>5</sup> Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHStA), Abschriften des Tagebuchs Friedrichs von Wieser, 3.5.1918. Zu Wieser vgl. auch sein im Frühjahr 1919 fertig gestelltes Buch: *Österreichs Ende*. Berlin 1919, bzw. Ernst STREISSLER, *Arma Virumque Cano*. Friedrich von Wieser, the Bard as Economist, in: Norbert Leser (Hg.), *Die Wiener Schule der Nationalökonomie*. Wien 1986; Werner NEUDECK, Friedrich Freiherr von Wieser. Der große Lehrer der Wiener „Grenznutzenschule“, in: *Freie Argumente* 14(1987)4, 61–65.

<sup>6</sup> Protokoll in Fürstl. Fürstenbergisches Archiv Donaueschingen, Max Egon, Mappe „Politik 17/18“.

<sup>7</sup> Interessanterweise waren die zwei Politiker, die eine fast ausschließlich deutschböhmische Partei eine Zeit lang dominierten, beide gebürtige Znaimer, und dabei – als Geburtsjahrgänge 1877 bzw. 1880 – noch dazu die Benjamins ihrer Fraktion.



Kaiser sehr geschätzte Präsident des Ernährungsamtes<sup>8</sup>. Der Kurs dieses Kleeblatts war nicht unumstritten: Ende April hieß es, der Nationalverband *habe drei Tage unter sich beraten ohne zum Ende zu kommen*. Das Unbehagen am Kurs der Regierung kam von den Flügeln her, von den liberalen Fortschrittlichen, die vielfach die Deutschen in der Diaspora repräsentierten, und von den dogmatischen Alldeutschen, die beide beklagten, dass hier deutsche Minderheiten geopfert würden. Darüber hinaus hatte die enge Zusammenarbeit der beiden deutsch-bürgerlichen Blöcke, Nationalverband und Christlichsoziale Reichspartei, im Zeichen der Kriegssolidarität und der Mittelstandspolitik, beim ideologisch motivierten ‚harten Kern‘ auf beiden Seiten für Unzufriedenheit gesorgt: Das galt für Geßmann und Fuchs bei den ‚Schwarzen‘ ebenso wie für unentwegt antiklerikale Fortschrittliche und Alldeutsche. Doch diese verstreuten Elemente konnten sich schwer zu einer gemeinsamen Gegenstrategie finden. Die starken Bataillone der deutschböhmischen Radikalen, mit den Agrariern unter Waldner im Schlepptau, gaben den Ton an. Am 1. Mai konnte Seidler dem Kabinett berichten, die Deutschen würden *zwar nicht wie eine Mauer hinter der Regierung stehen, was auch zuviel verlangt wäre, aber die Regierung unterstützen* und gegen alle Stürme halten.

Diese Zurückhaltung hatte ihren Preis, der materiell nicht so bedeutsam sein mochte, doch politisch brisant. In Böhmen wurden Kreisverwaltungen eingeführt, darüber hinaus das seit einem Vierteljahrhundert umkämpfte Kreisgericht in Trautenau (Trutnov) in Aussicht gestellt. Für die Regierung – und wohl auch für den Kaiser, denn seine Minister werkten 1918 sehr wohl unter dem Eindruck, dass es sich beim Kabinett Seidler um ein ‚persönliches Regiment‘ handelte – ging es dabei um ein politisches Tauschgeschäft, vor allem aber um Zeitgewinn. Während die Deutschen mit den Kreisverordnungen gewonnen werden sollten, versuchte man die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit dem Achtstundentag zu ködern, und stellte den Tschechen die böhmische Königskronung in Aussicht. Diese Politik, langfristig bedeutsame Entscheidungen als politisches Kleingeld zu verwenden, mochte zu Recht kritisiert werden: *Wir werfen Geld zum Fenster hinaus, um die Menge zu beruhigen*. Aber dagegen stand das Argument, dass die Lage auch wirklich einmalig war – der Krieg, dessen Ausgang das Schicksal der Monarchie auf lange Zeit bestimmen würde, war an einem Wendepunkt angelangt. Von dieser Voraussetzung gingen auch die Optimisten aus: Im Rückblick mag es uns erscheinen, dass die Erfolge der Mittelmächte im April 1918 ihren Höhepunkt schon überschritten hatten. Für den zeitgenössischen Beobachter, auch den verhältnismäßig wohlinformierten, war das nicht ganz so klar. Die zweite deutsche Westoffensive gegen die Engländer in Flandern wurde in der Presse schon kommentiert wie ein sich abzeichnendes Dünkirchen – um die topographische Bezeichnung hier anachronistisch zu verwenden. Eine österreichische Offensive in Italien, von der man sich große Dinge erwartete, sollte unmittelbar folgen. Unser Tagebuch-Autor Wieser, keineswegs ohne Sensorium für die Schwächen des Reiches, knüpfte an die Piaveschlacht, die am 15. Juni losbrach, noch die Überlegung, es sei gut, dass *wir beim entscheidenden Schlag sagen können, wir haben es gemacht*. Im Inneren musste man nur so lange durchhalten, bis die ersten Getreidelieferungen aus der Ukraine eintrafen und die neue Ernte hereinkam. In dieser gespannten Situation musste alles vermieden werden, was zu einer Ablenkung von den Kriegsanstrengungen führen könnte. Auch die Gegner der Kreisverordnungen sahen das so: Silva-Tarouca argumentierte, in dieser Beziehung zu pessimistisch, sie würden zu Streiks und Unruhen führen, damit Truppen binden, die Offensive unmöglich machen und so zum Verlust des Krieges führen.

Doch die Sixtus-Affäre hatte eine Lage geschaffen, wo der Besänftigung der empörten Deutschen Priorität zukam. Seidler versuchte seine Verordnungen nicht einmal meritorisch zu verteidigen. *Die Verordnungen mögen Unsinn sein, seien wohl auch Unsinn, aber wir hätten uns zu tief eingelassen* und seien blamiert, wenn ein Versprechen neuerlich nicht eingelöst würde. Sachlich war das Urteil Seidlers wiederum zu hart: Die Kreisverordnungen fügten den Tschechen keinen Schaden zu. Das gaben selbst Silva-Taroucas tschechische Gesprächspartner zu, wie František Staněk, der Führer des „Český sváz“, des Verbands der tschechischen Reichsratsabgeordneten. Sie seien bloß deshalb nicht akzeptabel, weil sie von den Deutschen kämen. Das Problem war, dass den Tschechen damit ein politisches Tauschobjekt entging, das zur Verteidigung ihres ungekrönten Königs geopfert wurde und ihnen

<sup>8</sup> KOVACS II, 332; allerdings Verwechslung der beiden Brüder im Index (KOVACS I 759).

fehlen würde, wenn es beim nächsten Mal um den böhmischen Ausgleich ging. Im Detail warf nur die Frage Meinungsverschiedenheiten auf, ob es bloß einsprachige Kreise geben sollte: Die Führung der Deutschradikalen vertrat diese Forderung, wie es auch Rudolf Lodgman von Auen, der ihnen nicht angehörte, schon 1915 in seinen „Gedanken über die zukünftige Politik der Deutschen in Österreich“ niedergelegt hatte: *Bei dieser Neuordnung kann es ohne allseitigen Verzicht auf völkische Minderheiten nicht abgehen, ... soll der völkische Kampf nicht immer wieder entbrennen. ... In einem vielsprachigen Staate, wie es Österreich ist, kann die Ordnung nur in Durchführung eines klar erkennbar alle Beteiligten gleichbehandelnden Grundsatzes erfolgen.*<sup>9</sup> Man könne nicht in einem Kronland zentralistisch, in einem anderen autonomistisch auftreten. Das hieß, der Nationalverband opferte die einflussreichen deutschen Minderheiten in Prag (Praha) und Pilsen (Plzeň). Budweis (České Budejovice) blieb ein gemischter Kreis, darüber hinaus gab es für die Stadt den so genannten „Budweiser Ausgleich“ aus dem Jahre 1913<sup>10</sup>. Das war konsequent. Doch diese Prinzipienfestigkeit hielt dem Lobbying der Prager nicht stand – ihr Wortführer war übrigens Bruno Kafka, ein Vetter des Schriftstellers. Schließlich wurde auch noch für Prag nachgebessert – Kritiker der Seidlerschen Politik vermochten sich allein noch am grausamen Schicksal der 12.000 Deutschen in Pilsen zu weiden<sup>11</sup>.

Doch inzwischen drehte sich die Schraube noch einmal: Die Konzessionen an die Deutschen waren berechtigt, wenn sie halfen, dem Ministerium eine parlamentarische Mehrheit zu sichern. Doch diese Mehrheit war längst von einer anderen Seite her einsturzgefährdet. Die Polen verziehen Seidler die Unterschrift unter den ‚Brotfrieden‘ mit der Ukraine nicht, der dem neugeschaffenen Staat den Cholmer Kreis als Einstandsgeschenk in die Wiege legte. Vergebens schob Seidler da alle Schuld einmal mehr auf den damaligen Außenminister Czernin. Dabei wussten die Polen anfangs noch gar nicht, dass eine Geheimklausel den Ukrainern auch noch eine Teilung Galiziens zusicherte – auch das vom Standpunkt der nationalen Autonomie nicht unlogisch, doch allen Traditionen der franzisko-josephinischen Ära widersprechend. Diese plötzliche Begeisterung für ukrainische Anliegen entsprach den Vorlieben und Vorurteilen des jungen Kaisers, hatte aber wohl in erster Linie handfeste Motive: Die Ukraine hatte im Austausch eben die Getreidelieferungen versprochen. Die Österreicher trauten dem Frieden von Anfang an nicht und requirierten im Osten munter darauf los, bis sie von ihren reichsdeutschen Verbündeten zurückgepfiffen wurden. Nun wartete man, bis die Ukrainer vertragsgemäß von sich aus lieferten. Wenn sie aber, wie sich im Laufe des Sommers zunehmend herauskristallisierte, nicht liefern konnten oder wollten – am 17. Juni musste deshalb die Brotration erneut gekürzt werden – konnte man ja vielleicht auch über die Brester Geheimklauseln noch einmal reden... Da zeichneten sich dann Möglichkeiten eines neuerlichen Kompromisses mit den Polen ab. Freilich: Bevor er auf ein solches Angebot einging, forderte der Polenklub den Kopf des Ministerpräsidenten.

Inzwischen mehrten sich die Sturmzeichen auch anderswo: „Il Piave mormorò“, wie es in einem berühmten Lied heißt<sup>12</sup>: „Non passa lo straniero...“, sprich: achtundvierzig Stunden nach Beginn der letzten großen österreichischen Offensive murmelte die Piave schon nicht mehr, sondern schwoll zum reißenden Strom an, der Brücken hinwegfegte und Nachschub unmöglich machte. Eine Woche später musste Borojević seine Truppen zurückziehen. Die mit so euphorischen Hoffnungen begonnene Offensive – für den Kaiser hatten seine Generale eigens einen Marschallstab anfertigen lassen, der ihm in

<sup>9</sup> Ein Exemplar davon, datiert mit 10. Mai 1915, findet sich im HHStA, Nl. Gustav Gros, Karton 2. Lodgman führte dort auch aus: *Eine Unterstützung in völkischer Beziehung vom Deutschen Reiche ist in Hinkunft weniger denn je zu erwarten.*

<sup>10</sup> Hummer meinte bei der Besprechung vom 29. April (wie Anm. 4) an gemischte Kreise sei nicht zu denken, da sie dem Fernziel eines Kronlandes Deutschböhmen im Wege stünden. An Prag sei erst in „zweiter Linie“ zu denken. Zu Budweis vgl. Emil BRIX, Der böhmische Ausgleich in Budweis, in: *Österreichische Osthefte* 24(1982), 225–248; Jeremy KING, Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948. Princeton 2002, 137–147.

<sup>11</sup> Zu den Kontroversen vgl. Erich SCHMIED, Josef Wenzel Titta und der deutsche Volksrat für Böhmen, in: *Bohemia* 26 (1985), 309–330, hier 322. Neben Prag regte sich auch aus den deutschen Sprachinseln in Schlesien Widerstand, vgl. HHStA, Nachlass Gustav Groß 2, Brief Gustav Josephys aus Bielitz (Bielsko) vom 9.3.1918.

<sup>12</sup> Fortunato MINNITI, Il Piave. Bologna 2000.

der nächsten eroberten Stadt feierlich überreicht werden sollte – war gescheitert<sup>13</sup>. Am Wochenende wälzten sich dann aus den Städten die Massen aufs Land, um auf den Feldern schwarz zu ernten<sup>14</sup>.

Das Resultat war: Das Kabinett Seidler demissionierte in der letzten Juniwoche – doch der Kaiser nahm den Rücktritt nicht an. Damit begann eine der umstrittensten Phasen seiner Regierungszeit, die übrigens vielen der Klischees widerspricht, die sich um den Kaiser gebildet haben, wirkte er für einige Wochen doch als Hoffnungsträger der Deutschradikalen! Denn auf die Ansage der Polen replizierten Seidlers Vertrauensmänner Waldner, Teufel und Pantz – *die drei Wiedertäufer*, wie sie Wieser nannte –, sie würden ihrerseits keinem anderen Ministerium das Vertrauen aussprechen. Der Verdacht wurde laut, dass dieses Entweder–Oder ganz offensichtlich die Flucht in ein autoritäres Regime, eine *uferlose Oktroi* vorbereite<sup>15</sup>. Wenn es wirklich dazu kam, konnte Seidler dann nicht den ganzen Katalog der „Voraussetzungen“ durchsetzen, vor dem Clam letzten Endes zurückgeschreckt war? Seidler referierte im Kabinett scheinbar neutral: *Teufel und die übrigen werden uns zum § 14 zwingen, denn sie hatten weitgehende Pläne des Ausbaues der Verfassung schon im Juli*.<sup>16</sup> Ob Seidler dazu allenfalls bereit war, ob der Kaiser es gewesen wäre, wird sich nie mit absoluter Sicherheit klären lassen. Immerhin berichtete einer der Minister, der am 19. Juli den Kaiser sprach, noch ganz in diesem Sinne seine Äußerungen: *Im Süden wird man machen, was man in Böhmen macht, also die Kreisordnung, die Deutschen im Süden müssen sich fügen wie die Tschechen im Norden*.<sup>17</sup> Der Hintergrund, vor dem diese Überlegungen stattfanden, war nicht mehr der Siegesrausch des Frühjahrs, sondern umgekehrt gerade die Erkenntnis, dass ein Friede unmittelbar bevorstand, der auch die Habsburgermonarchie zur Disposition stellen würde. Doch bevor es soweit war, bevor Wilson oder die deutsche Oberste Heeresleitung sich einmengen, wollte man sie vor vollendete Tatsachen stellen. Freilich: Ein solches Oktroi würde an Legitimität gewinnen, wenn die Regierung sich doch noch auf eine Mehrheit im Parlament berufen könnte. Das war der springende Punkt: Ob es jetzt den Tatsachen entsprach oder nicht, man ging von der Fiktion aus, dass die Regierung bisher nie den § 14 gebraucht hatte, um sich über eine Mehrheit des Hauses hinwegzusetzen, sondern um den Widerstand obstruierender Minderheiten zu brechen.

Die Hoffnung auf eine deutsch-polnische Kombination war wiederum aufgegeben worden. Die Devise „nationale Autonomie“, die für Deutschböhmen so verführerisch klang, war für die Polen Anathema, weil sie über weite Teile Ostgaliziens eine Minderheit verkörperten, wenn auch eine höchst mächtige und einflussreiche. Aber gab es nicht auch ohne die Polen Mehrheiten im Abgeordnetenhaus? Die Ukrainer waren zu haben, die Regierung machte sich auch Hoffnungen auf Splittergruppen wie die Rumänen oder die Friulaner. Das allein reichte freilich noch nicht: Das Zünglein an der Waage waren ganz eindeutig die Sozialdemokraten, die der Regierung Anfang 1918 schon einmal aus der Verlegenheit geholfen hatten. Die letzte Phase parlamentarischer Winkelzüge beschrieb Wieser so: *Die Deutschbürgerlichen machten den Sozialdemokraten in aller Form den Hof*.<sup>18</sup> Der Preis dafür war aus dem Fleisch des Handelsministers bzw. seiner Klientel geschnitten. Nicht bloß der Achtstundentag (zumindest provisorisch), sondern auch die Arbeiterkammern – wenn schon nicht die Kammern, die sich nicht von heute auf morgen aus dem Boden stampfen ließen, so zumindest eine institutionalisierte (Vor-)Form der ‚Sozialpartnerschaft‘. Für Niederösterreich existierte eine solche Kommission schon: Die Arbeiterschaft vertrat darin kein geringerer als Karl Renner, der sich mit Feuereifer an die Entwürfe auch auf Reichsebene machte.

Das Charakteristische war, dass in einer so unüberschaubaren Lage alle Parteien ein Doppelspiel spielten, immer auch schon eine andere Führungsgarnitur in Reserve hielten. Das galt für die Tschechen, die zwischen den Auslandskontakten der „Maffia“ und den Loyalitätsbekundungen ihrer Amtsträger pendelten. Auch für die Sozialdemokratie war das nicht anders. Sie lotete die Möglichkeiten

<sup>13</sup> August von CRAMON, *Unser Österreich-Ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege*. Berlin 1920, 176.

<sup>14</sup> Maureen HEALY, *Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I*. Cambridge 2004, 54.

<sup>15</sup> Wieser-Tb., 19. u. 24.7.1918.

<sup>16</sup> Wieser-Tb. 27.6.1918.

<sup>17</sup> Wieser-Tb. 19.7.1918; ohne Datumsangabe zitiert bei KOVACS I, 428.

<sup>18</sup> Wieser-Tb. 10.7.1918.

zumindest aus, die ihr hier geboten wurden, ohne allzu große Hoffnungen daran zu knüpfen. *Seidler, Teufel, Renner sind 3 Sanguiniker, die sich ins Blaue hineingeredet haben*, schüttelte Wieser den Kopf: *Renner hat nicht einmal Seitz hinter sich, geschweige denn die ganze Sozialdemokratie. Teufel ist eine merkwürdig suggestive Kraft, durch die er offenbar Seidler ganz beherrscht, der gerne glauben möchte, was ihm der andere sagt.*

Es war nicht der oktroyierte Ausgleich in Böhmen – es war der Konflikt mit den Polen, das Turteln mit den Sozialdemokraten, das die Opposition der ‚Gemäßigten‘ auf den Plan rief. Die Industrie, das Herrenhaus, die Christlichsozialen betrachteten die unsittlichen Anträge an den Klassenfeind mit Missvergnügen: Selbst bei den böhmischen Deutschnationalen waren die älteren Herren über den ‚Terrorismus‘ der Jungen ganz außer sich, so wurde kolportiert. Bei den Namen, die hier in erster Linie genannt wurden, wie Karl Urban und Philipp von Langenhan, handelte es sich vielleicht nicht zufällig auch um Industrielle<sup>19</sup>. Schon war die Regierung bereit, auch über eine Demokratisierung der Gemeindewahlordnungen nachzudenken, die bisher dem Dreiklassenwahlrecht vorbehalten war: Das wiederum hätte die Position einer Reihe von deutschfortschrittlichen, ‚altliberalen‘ Bürgermeistern auch in Deutschböhmen in Gefahr gebracht. Vor diesem Ausverkauf wurde sie durch den Beschluss der Sozialdemokratie bewahrt, die am 16. Juli gegen den Pakt entschied. In der Woche darauf rechnete Seidler seinem Kabinett noch vor, es fehlten bloß noch 20 Stimmen zu einer Mehrheit. Nachträglich gab er allerdings zu, die Differenz hätte bei genauer Kalkulation doch 43 betragen<sup>20</sup>. Achtundvierzig Stunden später gab er das Rechnen auf. Am 22. Juli nahm der Kaiser die Demission des Kabinetts an.

Der Umschwung im Juli stand unter dem Motto: Noch ist Polen nicht verloren. Die deutsch-polnische Achse der ‚beati possidentes‘, die das Reich – oder doch zumindest die österreichische Reichshälfte – so lange regiert hatte, sollte nicht durch Augenblicksallianzen mit unsicheren Kantonisten wie Ukrainern und Sozialdemokraten auf Dauer unmöglich gemacht werden. Der Herzog fiel, und der Mantel mit ihm, sprich: Seidlers Rücktritt bedeutete auch den Sturz Teufels. *Gegen die drei Wiedertäufer ist wie ich glaube, die Schilderhebung im Nationalverband schon im Gange...*<sup>21</sup> Sein Bluff wurde aufgedeckt: All die düsteren Prophezeihungen über deutsche Opposition und ukrainische Obstruktion erwiesen sich als übertrieben: Die Ukrainer verhielten sich *abwartend entgegenkommend*, die deutschradikale Partei gab die Abstimmung frei – und als die Mehrheit daraufhin prompt für die Regierung stimmte, trat Teufel wutentbrannt aus. Sein Kompagnon Gustav Hummer hatte schon ein paar Tage vorher die Fraktion verlassen – mit Rücksicht auf seine journalistischen Verpflichtungen: Nach dem Krieg veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ genüsslich die wohl dotierten Verträge Hummers mit der staatlichen Presseagentur, die ihm zum Abschied noch die Baronie eingebracht hätten<sup>22</sup>. Wieser notierte: *Dass die Seifenblase so ganz zerplatzt, hat glaube ich niemand gedacht. ... Der Spuk, der uns belastet – ein Teufelspuk – hat sich in nichts aufgelöst.*<sup>23</sup>

Doch auch Deutschböhmen war noch nicht ganz verloren. Dem neuen Premier Max von Hussarek wurde nachgesagt, *er trägt die klerikale Marke der Kaiserin*. Doch er gewann seine Kritiker bald für

<sup>19</sup> Eine mittlere Linie vertrat der spätere Landeshauptmann von Deutschböhmen und Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft nach 1945, Rudolf Lodgman v. Auen, der die Zweiteilung Böhmens gegen alle Angriffe Tittas verteidigte, sich aber schon seit längerem gegen die Oktroipolitik ausgesprochen hatte und die *völkische Abgrenzung der Gebiete der Monarchie* mit einer *demokratischen Verfassung* verbinden wollte, *welche das bisherige Schwanken der Regierungen zwischen den Nationen ausschließt*. (MS Prag September 1917 in Nl. Gustav Gros, Karton 4).

<sup>20</sup> Wieser-Tb., vgl. die Aufstellung bei Christine KOSNETTER, Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. Seidler. Phil. Diss., Wien 1963, 206, die auf ein Stimmenverhältnis von 207 gegen 249 kommt. Auf der Regierungsseite waren dabei 167 Deutschbürgerliche, 28 Ukrainer, 4 Rumänen, 2 Italiener (Friulaner) und 6 ‚Wilde‘ verzeichnet; das Zünglein an der Waage bildeten ganz offensichtlich die 40 Sozialdemokraten – oder die 73 Polen (selbst wenn man dann die 28 Ukrainer wieder in Abzug bringt); vgl. auch Erna ZELLMAYR, Das österreichische Parlament im Jahre 1918. Phil. Diss., Wien 1951; Lothar HÖBELT, Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat, in: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus, Teilband 1: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien 2000, 895–1006, hier 998ff.

<sup>21</sup> Wieser-Tb., 22.7.1918.

<sup>22</sup> *Neue Freie Presse*, 16.7.1918, S. 6; 27.7.1918; AZ, 19.12.1918.

<sup>23</sup> Wieser-Tb. 26./27.7.1918.



sich: Man rühmte seine *überlegene Ruhe*, seine *kühle wohltuende Ironie*: Ein *bedeutender Kopf mit einer seltenen Gabe des Ausdrucks*<sup>24</sup>. Hussarek vermied das Reizwort vom ‚deutschen Kurs‘ und argumentierte, man könne ohne provokante öffentliche Erklärungen viel mehr durchsetzen. Die Deutschböhmen sollten sich über ihn nicht beschweren können. Freilich hatte sich die Begründung, die ihrer Autonomieregelung zugrunde gelegt wurde, inzwischen verschoben. Die Verhandlungen im Mai waren darauf hinausgelaufen, die Deutschen zu beruhigen und ihre führende Stellung im Staate anzuerkennen – auch im Hinblick auf den reichsdeutschen Verbündeten. Wenn der ‚deutsche Kurs‘ inzwischen nicht mehr so hoch ‚im Kurs‘ stand, so lag das an der militärischen Lage: Anfang August setzte der deutsche Rückzug im Westen ein, sechs Wochen später brach die bulgarische Front zusammen. *Das Spiel ist aus*, notierte Wieser am 26. September. Vier Tage später einigten sich die beiden Kaiser auf eine Note an Wilson auf der Basis der „14 Punkte“.

*Es scheint, dass für die Deutschen wieder der letzte Moment da ist, die Sache durchzusetzen.* Der Kommentar war treffend, wenn man an das Ende der deutschen Siegeshoffnungen dachte. Die Teilung passte aber genauso gut zum Schlagwort der heraufdämmernden neuen Ära des „Selbstbestimmungsrechts“, wie es mit Wilson identifiziert wurde. Es war jetzt bloß der ursprüngliche Kontext des böhmischen Ausgleichs wiederhergestellt: Nationale Autonomie musste für beide Seiten gelten. Wenn die böhmische Landesverwaltung in Prag geteilt werden sollte, so musste die Wiener Zentrale ihrerseits den Tschechen mehr Rechte einräumen – wovon im Frühjahr nicht die Rede gewesen war. Die deutschböhmische Autonomie veränderte ihre Funktion. Von einem Baustein Mitteleuropas wurde sie zu einem Vorläufer der Donauföderation. Doch im lokalen Rahmen änderte sich dadurch nichts. Am 3. September beschloss der Ministerrat die Errichtung des Kreisgerichts Trautenau zu genehmigen, die von Seidler bei seinem Abgang noch in Schwebelage gelassen worden war. Am 10. September begannen die Beratungen über die Teilung der seit 1913 amtierenden Landesverwaltungskommission in Böhmen. Hussarek formulierte es so: *Der Grundsatz nationale Verständigung durch nationale Zweiteilung zeigt den Weg an, auf dem fortgeschritten werden soll.*<sup>25</sup> Das Tempo freilich beschleunigte sich. Parallel mit der Note an Wilson Anfang Oktober wurde die Verfassungsrevision in Angriff genommen. *In der Hauptsache bleibt es bei den Grundsätzen Seidlers der nationalen Autonomie.* Freilich: *mit unserer nationalen Autonomie locken wir keinen tschechischen Hund vor den Ofen.* Klofač bestätigte prompt die Richtigkeit dieser Vermutung. Mit dem, was heute geboten würde, wären die Tschechen 1914 zufrieden gewesen, doch heute nicht mehr, denn *wir sitzen im richtigen Zug.* Der Obmann des tschechischen Verbandes, Staněk – später bekannt als Führer der so genannten Auerochsen-Fraktion innerhalb seiner Partei, der Agrarier – unterstrich das, wenn er im Reichsrat offen die Tschechische Legion lobte, die ihrem Volk einen Platz auf Seiten der Siegermächte beschert habe.

Die Regierung Hussarek war sich im Klaren, dass sie für die Tschechen keinen ernstzunehmenden Verhandlungspartner mehr darstellte; aber das hätte zu diesem Zeitpunkt für jede kaiserliche Regierung gegolten. Doch noch war die Hoffnung vorhanden, die Entente würde sich nicht in die inneren Verhältnisse der Monarchie einmischen, wenn man auf ihre Bedingungen einging. Am 8. Oktober überraschte Hussarek seine Minister, als er im Abgeordnetenhaus ganz offen vom Selbstbestimmungsrecht sprach. Zwei Tage später überreichte Silva-Tarouca, der als Nachfolger Hussareks im Gespräch war, dem Kaiser den grundlegenden Entwurf für das Dokument, das als „Völkermanifest“ in die Geschichte eingegangen ist. Er stammte von niemand anderem als – Oskar Teufel, der auch beim darauf folgenden Empfang der Abgeordneten in Baden eindringlich auf den Kaiser einsprach<sup>26</sup>. Beim entscheidenden Ministerrat in der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 1918 warnte Hussarek, man dürfe nicht in den Fehler der Berliner Regierung verfallen und Einwände diskutieren, sondern müsse sich voll und ganz auf den Boden der Forderungen Wilsons stellen. Allen Wünschen seiner Kollegen, die Bildung nationaler Staaten doch noch zu verklausulieren, hielt er entgegen, ein kaiserliches

<sup>24</sup> Wieser-Tb. 23. u. 25.7., 16.9.1918.

<sup>25</sup> Wieser-Tb. 14.9.1918.

<sup>26</sup> Helmut RUMPLER, Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. Letzter Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches. Wien 1966, 37–48. Angeblich schwankte der Kaiser am 15. Oktober noch einmal, ob er nicht doch den tschechischen staatsrechtlichen Forderungen den Vorzug geben sollte, entschied sich aber dagegen.

Manifest müsse eine klare Sprache führen. Dementsprechend wurde auch den Ukrainern jetzt wieder ein Ostgalizien in Aussicht gestellt, wie sie es sich wünschten.

Bloß die ungarische Reichshälfte blieb von dieser legalen oder doch zumindest prophylaktisch legalisierten ‚Revolution von oben‘, die der eigentlichen ‚Revolution von unten‘ zuvorkommen wollte, ausgenommen. Als die Anregung kam, sich doch wie 1848 hinter die südslawischen Ansprüche gegen Ungarn zu stellen, bemerkte Hussarek lakonisch – und schlagend: Damals habe Wien nicht gehungert, war man nicht auf die Lieferungen aus Transleithanien angewiesen. Das gemeinsame Wirtschaftsgebiet zerfiel endgültig: Die ‚Außenpolitik‘ der Nationalräte, die sich auf Grund des ‚Völkermanifests‘ bildeten, bestand im Tauschhandel: Die Tschechen hatten Kohle, die Polen Salz, die Ukrainer versprachen Kartoffel; an den Übergangsstationen blühte die Korruption, für Waggonen, die durchgelassen wurden, mussten Mauten entrichtet werden. Die Deutschösterreicher hatten in diesem Poker auch ökonomisch schlechte Karten: Mit Kammgarn und Kunsthandwerk war augenblicklich wenig Staat zu machen. Nach dem Hunger war es die Kälte, die Wien erpressbar machte. Für die tatsächliche Verwirklichung der deutschböhmischen Autonomie konnte die Wiener Zentrale, die alle nur mehr dann ernst nahmen, wenn es ihnen nützte, da kaum mehr viel tun.

Im Zusammenhang mit den nationalen Allianzen, die sich im Umfeld des Völkermanifests ergaben, gewinnt eine Überlegung an Bedeutung, die Wieser einige Tage vorher aufgezeichnet hatte. Sie stellte die deutschböhmische Autonomie sachlich in Frage und verlieh ihr zugleich eine politische Funktion in einem viel weitergehenden Sinn: *Diese ganze Flut muss man ablaufen lassen. Die Tschechen stecken zu tief mit den Deutschen beisammen, als dass sie sich von ihnen losentwickeln können. Die Deutschen in den Sudetenländern müssen freigegeben werden und – das ist durchschlagend – sie lassen sich von den Tschechen gar nicht auseinanderentwickeln, sie gehören zusammen.*<sup>27</sup> Der Ausweg aus diesem Paradoxon lautete ganz offensichtlich: Die nationale Autonomie in ihrer radikalen Form, wie sie angeboten wurde, sollte bloß ein Übergangsstadium auf dem Weg zu einem neuerlichen Zusammenschluss bilden. Wenn die Tschechen schon die Selbständigkeit einforderten, konnte sie ihnen zwar nicht mehr verwehrt werden, aber es sollte ihnen demonstriert werden, dass diese Idee logischerweise auf sie zurückfallen musste und in ihrem eigenen Interesse zu überdenken war. Renner verlieh demselben Gedanken in den Umsturztagen Ausdruck: *Nur in einem österreichischen Gesamtstaat wäre Deutschböhmen unter Prager Verwaltung zu stellen.*<sup>28</sup>

Was wir über die Pläne und Betrachtungen des Kaisers im Exil wissen, vermag diesen Eindruck nur zu verstärken. Karl hat nachträglich den ‚deutschen Kurs‘ abwägend betrachtet. Er sei über ihn gewiss nicht entzückt gewesen, sah darin aber *doch das einzige Mittel, den „furor teutonicus“ etwas zu mäßigen*. Andererseits sei *das Kreisgericht Trautenau eine zu minime Lappalie, um den „gerechten Zorn“ des ganzen böhmischen Volkes hervorzurufen; die ganze Sache ist eben eine nationale Spielerei der Abgeordneten und ein gutes Handelsobjekt der Parteien, das den Böhmen verlorenging*. Damit hatte er recht. Genauso wie die deutsche Verbitterung der Ernährungslage galt, und die Sixtus-Affäre nur ein Auslöser war, stand hinter der tschechischen Wut weniger der ‚deutsche Kurs‘, sondern die Eskalation von tatsächlichen Hochverratsfällen zu Pauschalverdächtigungen, von Verdächtigungen zu obrigkeitlichen Maßregelungen, wie sie sich in Kriegszeiten aufgeschaukelt hatte. Die nationale Frage mit ihren Prestigeprojekten und ihrem zähen Ringen um Beamtenposten war im Kontext der liberalen Gesellschaft der Vorkriegszeit ein Elitensport gewesen. Im Kriegssozialismus gewann die Bürokratie, die wenn schon nicht souverän, so doch zumindest aus dem Blickwinkel der Betroffenen willkürlich über Lebensmittel und Lebenschancen verfügte, eine Bedeutung, die sie nie vorher besessen hatte. Lästige Schikanen waren plötzlich existenzgefährdend, ‚Fremdherrschaft‘ – wie sie in einem multinationalen Imperium nun einmal immer wieder an der Tagesordnung war – wurde von einer gelegentlichen Irritation zu einem zentralen Problem.

Karls Affinität zu den deutschböhmischen Forderungen – über alle weltanschaulichen Gräben hinweg – war doch mehr als eine bloße taktische Aushilfe. Sein letztes Programm aus den Jahren des

<sup>27</sup> Wieser-Tb. 4.10.1918. Ähnlich im Rückblick (7.6.1919): *Meine Erwartung war, dass man uns Deutschböhmen läßt. ... Dann hätten sich die Tschechen in ein mögliches Verhältnis gefügt.*

<sup>28</sup> Wieser-Tb., 1.11.1918.

Exils legt davon Zeugnis ab. Es war an sich kein Programm, das Chancen hatte, bei Deutschnationalen großen Anklang zu finden, stellte es doch die projektierte Donaukonföderation in den Dienst einer französischen Politik, die Deutschland neutralisieren – oder vielleicht sogar die Entscheidung von 1866 rückgängig machen – wollte. Umso auffälliger war ein Passus: Für Böhmen waren zwei Landtage vorgesehen, ein deutscher und ein tschechischer<sup>29</sup>. Oskar Teufel hätte damit zufrieden sein können – und er war es auch: Schon seine Mitgliedschaft in der kurzlebigen, Anfang Oktober gegründeten „Deutschen Unabhängigkeitspartei“ hielt ihn nicht von guten Kontakten mit Seidler ab, der als kaiserlicher Kabinettsdirektor weiterhin die Fäden zog. Im November 1918 war Teufel zusammen mit Renner der einzige im deutsch-österreichischen Staatsrat, der zumindest entfernt an militärischen Widerstand gegen die Tschechen dachte. Damals hatte er missmutig formuliert: *Entweder soll die Krone abdanken und von Österreich abfahren oder sie soll sich an die Spitze jener Bewegung stellen, die ihr richtig erscheint*.<sup>30</sup> Inzwischen war er darauf gekommen, dass der Kaiser immer noch die beste Hoffnung darstellte, die Tschechoslowakei lieber früher als später aus den Angeln zu heben. Zum Zeitpunkt der Restaurationsversuche 1921 galt Teufel seinen früheren Gesinnungsgenossen bereits als verstockter ‚Karlist‘. Noch Jahre später war er Vorstandsmitglied legitimistischer Vereinigungen<sup>31</sup>.

Die Großdeutsche Volkspartei der Ersten Republik setzte auf den Anschluss als Langzeitprogramm, in der Zwischenzeit wollte sie bloß alles verhindern, was diesem Ziel zuwiderlief, eine Aufteilung Österreichs etwa oder eben eine Restauration. Das brachte sie in ein Dilemma, das sich gut vergleichen lässt mit dem gern kolportierten, berühmt-berüchtigten, allerdings nicht verbürgten Wort von Edvard Beneš' von 1934: „Lieber Hitler als Habsburg.“ Für die Großdeutschen von 1921 müsste es umgekehrt lauten: Lieber Beneš als Habsburg. Man schlug gemeinsame Kundgebungen mit den Sozialdemokraten vor, ja klammheimlich legten einige der Recken dem Bundeskanzler Johannes Schober angesichts der Landung des Kaisers und Königs in Ungarn nahe, doch das Einvernehmen mit den Tschechen zu suchen<sup>32</sup>. Alte Schönerianer geiferten *über die vollständige Ausrottung des Karlismus* – ein Begriff, der abwertend gemeint war: Die Assoziation an die spanische Variante des ultrakatholischen, strikten Legitimus war nicht als Kompliment zu verstehen. Dennoch verbarg sich hinter dem abschätzig verwendeten Terminus ein Element der taktischen Flexibilität: Man wollte sich nicht prinzipiell gegen die Monarchie aussprechen, ja nicht einmal unbedingt gegen das Haus Habsburg.

Schober, der alte Beamte, der mehr als der misstrauisch beäugte Ignaz Seipel und die christlich-sozialen ‚Bauerngeneräle‘ beim Kaiser in Gunst stand, lehnte die vorgeschlagenen Kontakte übrigens ab. Die Ereignisse um die *unselige Luftreise*, wie der ehemalige Armeekommandant Erzherzog Friedrich sie bedauernd nannte, entwickelten sich dann auch viel zu schnell, um eine österreichische Reaktion überhaupt zur Geltung kommen zu lassen. Für die sudetendeutschen Deutschnationalen mag man es freilich bezweifeln, ob sie in einer Restauration nicht doch eine Chance erblickt hätten. In der Wiener Parteileitung wurden deshalb im Herbst 1921 auch Stimmen laut, man solle auf *unsere Freunde in der Tschechoslowakei* einwirken, nicht gerade jetzt gegen die Tschechen loszuschlagen. Als die üblichen Verdächtigen wurden in diesem Zusammenhang immer schon Teufel und der umtriebige Brünner Stadtrat Baeran genannt<sup>33</sup>.

<sup>29</sup> Kovacs II, 617 (Aufzeichnungen September 1920), 823f. (Verfassungsentwurf); ein ähnlicher Entwurf war schon im Programm Lammasch enthalten (Wieser-Tb. 23.10.1918).

<sup>30</sup> Archiv der Republik (AdR), Protokolle des Staatsrates, Nr. 26, 8.11.1918. Vgl. Lothar HÖBELT, Der 12. November – Renner und die Republik, in: Jahrbuch für politische Erneuerung 1994, Wien 1993, 803–807.

<sup>31</sup> Friedrich WAGNER, Der österreichische Legitimus 1918–1938, seine Politik und Publizistik. Phil. Diss., Wien 1956; Stephan NEUHAUSER, Der österreichische Legitimus in der ersten Republik. Diplomarbeit, Wien 1991, 126f., 131.

<sup>32</sup> AdR, Großdeutsche Volkspartei (GdVP) 39, Verhandlungsschriften Reichsparteileitung 23.10.1921. Gegen das Zusammengehen mit den Tschechen waren der Tiroler Straffner und die Kärntner; dafür die Burgenländer und die Oberösterreicher. Pikanterweise waren es dieselben Großdeutschen, die Schober wenige Wochen später wegen des Vertrags von Lana mit der ČSR das Misstrauen aussprachen. Vgl. dazu Lothar HÖBELT, Deutschnationale, Nationaldemokraten, Großdeutsche, Bauernpartei. Das nationale Lager 1918 bis 1922, in: Willibald Rosner, Ernst Bezemek (Hgg.), Niederösterreich 1918–1922 (= Studien und Forschungen 39: Zeitgeschichtliche Tagungen in Niederösterreich, St. Pölten 2007), 1–35.

<sup>33</sup> AdR, GdVP, Verhandlungsschriften Großdeutsche Vereinigung, 23.11.1920.

Wenn schon nichts anderes, so spiegelte sich in diesen Konstellationen die Solidarität der beiden großen Verlierern des Großen Krieges. Die Wahl zwischen den beiden Reichsvarianten, dem Anschluss und der Restauration, die in der Zwischenkriegszeit die österreichische Rechte spaltete, war in den Sudetengebieten auf eine instrumentelle Frage reduziert: Wer vermochte dem Selbstbestimmungsrecht, das 1918 angeblich in die Tat umgesetzt worden war, auch für sie Geltung zu verschaffen? So waren auch bürgerliche Freiheitliche für die weltanschaulich suspekten ‚Karliten‘ zu gewinnen; genauso wie sich umgekehrt später ein Teil des katholischen Adels auch mit der schillernden Bewegung Henleins abfand, wenn sie bloß einen Ausweg aus der staatsrechtlichen Misere versprach.